

II-4636 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
IV-40.004/26-2/86

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

1031 Wien, den 18. Juli 1986

Radetzkystraße 2

Telefon 75 56 86-99/Serie

Auskunft

Klappe

Durchwahl

2092/AB

1986 -07- 21

zu 2111/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abg. SCHWARZENBERGER
und Genossen an den Bundesminister für
Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Förderung einer Rauchgasreinigungsanlage
der Salzburger Aluminiumgesellschaft Lend
(Nr. 2111/J)

In der gengeständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

- "1.) Welche Mengen an Schadstoffen und zwar Fluor, Chlor,
Schwefel und Staub werden laut Ansuchen der SAG Lend
derzeit an die Umwelt abgegeben?
- 2.) Welche Schadstoffverminderung ist durch den Einbau der
Rauchgasreinigung zu erreichen?
- 3.) Welche Kosten wird diese Rauchgasreinigung verursachen?
- 4.) Wann kann die SAG Lend mit der Bewilligung einer
Förderung aus dem Umweltfonds rechnen?

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

- 2 -

Zu 1.) und 2.):

Zunächst muß ich um Verständnis dafür ersuchen, daß innerbetriebliche Daten, die sich aus Förderungsansuchen an den Umweltfonds ergeben, aus Gründen der Amtsschwiegenheit bzw. des Datenschutzes grundsätzlich nicht weitergegeben werden.

Ich kann aber mitteilen, daß durch den Einbau der Rauchgasreinigungsanlage wesentliche Minderungen der Emissionen eintreten werden. So werden Reduktionen bei Staub auf 4 %, bei Fluor (als HF) auf 5 %, bei Chlor (als HCl) auf 57 % und bei SO₂ auf 45 % der derzeitigen Emissionen zu erwarten sein.

Zu 3.):

Die Kosten der umweltrelevanten Investitionen betragen S 3,612.000,--.

Zu 4.):

Die Förderung für das Projekt Rauchgasreinigung Werk 2 (Umschmelzanlage) wurde von der gemäß § 14 Umweltfondsgesetz beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz errichteten Kommission, der auch je ein Vertreter der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien angehört, am 24. April 1986 befürwortet; die Förderungszusage wurde vom Umweltfonds am 12. Juni 1986 abfertigt.

Der Bundesminister:

